

PRESSEINFORMATION

Europolis: Einen historischen Kompromiss auf den Weg bringen Mit einem Wettbewerber für den Euro die Krise überwinden

Prof. Markus C. Kerber fordert die Entflechtung der Eurozone durch die Einführung der Guldenmark für Euroländer mit Leistungsbilanzüberschüssen

Brüssel, 30. Mai 2012

Abschied vom Glauben an die Einheitswährung: Wer den europäischen Gedanken retten will, muss Euroländern mit Leistungsbilanzüberschuss die Einführung einer Parallelwährung gestatten. Dies fordert Prof. Markus C. Kerber, Gründer des Thinktank Europolis. Mit der Guldenmark möchte Kerber die Eurozone vor dem Kollaps bewahren. Sein origineller Vorschlag, den der Finanzwissenschaftler und Jurist nach einführenden Worten des Europaabgeordneten Derk-Jan Eppink gestern im Europäischen Parlament vorstellte, soll als „PLAN B for the Eurozone: Guldenmark“ die schwerste Krise der Europäischen Union überwinden helfen.

Während unbedingte Eurobefürworter und -gegner ihre konträren Auffassungen als alternativlos propagieren, stößt Prof. Kerber mit seinem „historischen Kompromiss“ in eine völlig neue Richtung vor. „Um den Geburtsfehler des Euro als Einheitswährung zu korrigieren, muss man,“ so Kerber, „bereit sein, ungewöhnliche Wege zu gehen. Gigantische Rettungsschirme täuschen lediglich über die Situation der sich ausweitenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Europäischen Währungsunion hinweg.“ Die Einführung der Guldenmark hingegen habe viele Vorteile. Ganz entscheidend sei jedoch, dass sie im Verhältnis zum Euro aufwerte und somit die Tilgung der kumulierten Schulden erleichtere.

EuropolIS

Diese Idee der Guldenmark als „Stabilitätsanker“ der Eurozone ist auch Inhalt von Kerbers neuester Studie „Mehr Wettbewerb wagen: Ein Konzept zur Reform der europäischen Währungsordnung“ (Lucius & Lucius, Stuttgart 2012). In seiner Schrift vertieft er seinen Vorschlag, der Reorganisation der Eurozone nach ökonomischen Homogenitätsgesichtspunkten. Leistungsbilanzüberschussländer wie die Niederlande, Finnland, Österreich, Luxemburg und Deutschland führen eine Währung ein, die neben dem Euro als gesetzliches Zahlungsmittel gelte.

Der Berliner Jurist weiß, dass sein Vorschlag kritisch gesehen wird. „Wer das Konzept einer Parallelwährung von vornherein ablehnt, muss darlegen und beweisen, wie der Weg in die Transferunion angesichts der wachsenden Heterogenität und des wachsenden, unabsehbaren Finanzbedarfs vieler Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsunion aufgehalten werden kann“, sagt Kerber. Für ihn ist die neue Parallelwährung kein systemfremdes Element. Sie sei vielmehr eine logische Schlussfolgerung: „Wenn wegen der aktuellen Eurokrise der Austritt eines Landes wie Griechenland erwogen worden ist, so liegt es doch nah, einer Gruppe von Ländern, die nicht länger ihre finanzielle Souveränität aufs Spiel setzen wollen, den Austritt aus dem Währungsgebiet des Euro als Einheitswährung zu gestatten“, so Kerber.

Pressekontakt:
Klara Schwobe
EuropolIS e.V.
Tel: + 49 30 843 14 136
Fax: +49 30 843 14 137
message@europolIS-online.org